

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Abzügen 20 Pfennig

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Reichsstraße 10 und Expedition: Gärtnereistraße 2 / Preisdruck-Sammelnummer 17259 / Postfach Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel-Schiffbaustraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Freitag, den 26. November 1926 Nummer 264

Bürgerblock im Landtag

Die USPD mit den Deutschnationalen Erster Massenprotest der Arbeiter — Linkssozialdemokratische Gewerkschaftsführer an der Seite der USPD

Die kommunistische Partei Dresdens hatte für gestern Abend eine öffentliche Versammlung einberufen, in der die Genossen Kenner und Siegel über die erste Landtagsitzung Bericht erstatteten. Genosse Kenner führte aus, daß die Kommunisten schon vor der Wahl darauf hingewiesen, daß die Arbeiter vom Landtag nichts zu erwarten haben, wenn sie nicht selbst ständig durch ihre Massenbewegung einen Druck ausüben, um ihre Forderungen durchzusetzen. Genosse Kenner sagte, wie die Koalitionsregierungen in Reich und Ländern gegen die Interessen der Arbeiter die Interessen der Kapitalisten vertreten haben. Ein Teil der Arbeiter hat immer noch Illusionen, ein Teil glaubte sogar, daß die Beizfraktion immer zur Arbeiterfront zurückzuführen werde. Keiner soll sich täuschen.

Der Weg Weiskes und seiner Konjunktur ist der Weg Mussolinis.

Sie wollen jetzt eine Koalition in Sachsen, sie unterziehen die Bürgerlichen. Die gestrige erste Sitzung hat das deutlich gezeigt. Bei der Wahl der Abgeordneten im Sächsischen Landtag

stimmen die USPD-Abgeordneten gegen den freigeistlich organisierten Metallarbeiter-Verein, für den deutschnationalen, reaktionären Regierungsdirektor Götz und den völksparteilichen Religionsprofessor Schmidt.

Der Bezirksleiter des Eisenbahner-Wirch gab eine Erklärung ab, in der er betonte, daß sie nicht für die Kommunisten, wohl aber für die Deutschnationalen stimmen werden. Diese Abstimmung ist schon besonders für die kommende Regierungsbildung. Wenn auch noch keine vollständige Einigung unter den bürgerlichen Parteien besteht, so ist doch zu erwarten, daß sich der Block von der Deutschnationalen bis zu der USPD einigt und die Heilregierung erneut mit der Führung der Geschäfte beauftragt. Die Arbeiter müssen jetzt zur Isolierung, energischen Gegenaktion einschreiten. In allen Betrieben muß wie Lage in Sachsen Stellung genommen werden. Sofort gilt es, die Kammer zu jenseitigen Gewerkschaften herauszufordern. Die SPD muß nun schon endgültig Farbe bekennen, ob sie ernsthaft mit den Kommunisten gegen die Herrschaft vorzugehen gedenkt. Es ist notwendig, daß die SPD-Führer nach wie vor die Kammer unterstützen werden. Genosse Siegel, der gleich nach der Landtagsitzung in einer Betriebsversammlung der Eisenbahner sprach, berichtete,

daß dort der zweite Bezirksleiter des Eisenbahnerverbandes Hilbrecht, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, den Neugeborenen Wirch gegen die empörten Eisenbahner in Schutz genommen und erklärt habe, Wirch wolle für die Arbeiter nur das Beste erreichen.

Er werde die Arbeiter nicht verlassen. Die Front der SPD und USPD-Kämpfer steht also zusammen. An der Arbeiterfront ist es, hier Schluß zu machen.

Am kommenden Dienstag steht die Wahl des Ministerratens auf der Tagesordnung des Landtages.

Die kommunistischen Abgeordneten werden am Dienstagabend in öffentlichen Versammlungen über den Verlauf der Sitzung Bericht erstatten.

Nach einer Anzahl Ausführungen von Diskussionsbeiträgen wurde von der empörten Versammlung folgende Resolution angenommen:

Die von der SPD-Groß-Dresdens eintretende Kundgebung in den „Annenhäusern“ erhebt stammenden Protest gegen die Vergewaltigung der kommunistischen Landtagsfraktion als der zweitgrößten im Sächsischen Landtag bei der Wahl des Landtagspräsidenten.

Was die Kommunisten seit 1918 immer und immer wieder jagten, haben die Parteien der Bourgeoisie von der USPD bis zu den Deutschnationalen erneut bewiesen:

Es gibt keine Demokratie im kapitalistischen Staat! Die bürgerliche Demokratie ist in Wirklichkeit die Diktatur der Bourgeoisie, die als die herrschende Klasse die formale Demokratie über sich selbst beifügt, um die kapitalistische Interessenvertretung von der Arbeiterschaft getrennt zu werden.

Die in den „Annenhäusern“ folgende Kundgebung weilt die linkssozialdemokratischen Arbeiter auf diese Tatsache hin und erinnert sie daran, daß im letzten Landtag, mit einer kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit, die sozialdemokratische Fraktion der bürgerlichen Minderheit im Präsidium Sitz einräumte. Sollen sich auch jetzt linkssozialdemokratische Führer, die heute noch von Demokratie reden, betrogene Betrüger, weil die Demokratie, wie die Verfassung, Despoten der Diktatur jener Klasse sind, die im Sinne die politische Macht ausübt.

Die Eröffnungssitzung des Sächsischen Landtages hat die Völkervereinigung der USPD an der Seite der Deutschnationalen gesehen. Daraus muß die gesamte sächsische Arbeiterschaft, ohne Unterschied der politischen Richtung, die Rechte ziehen:

Die Anhänger der USPD aus allen Gewerkschaften herauszutreten, weil sie mit den Deutschnationalen die Einheitsfront im Sächsischen Landtag gebildet, für den deutschnationalen Präsidialkandidaten gegen den freigeistlich organisierten Metallarbeiter gewinnen haben.

Die Abstimmung war ein Zeichen für die kommende Entscheidung über die Regierung. Die Arbeiter müssen ihre ganze Kraft einbringen, um jeden Verrat zu verhindern, die eventuell notwendige Auflösung des Landtages zu erzwingen.

Wieder mit den Neugeborenen der USPD!

Heraus mit den Agenten der Bourgeoisie Wirch, Götz und Konjunktur aus den Gewerkschaften!

Fort mit jedem Gewerkschaftsfunktionär, der diese Säuberung der freien Gewerkschaften hindert!

Auf dem Wege zur Bürgerblockregierung

Der Verlauf der gestern stattgefundenen ersten Landtagsitzung, bei dem die bürgerliche Mehrheit mit den Linkssozialisten ihre Position hinsichtlich der Bekämpfung des Präsidiums ausübte, zeigt deutlich genug den Weg an, den diese Mehrheit in den nächsten Tagen marschieren wird. Der hegemonische Vorkurs der kommunistischen Partei soll durch den brutalsten Terror der gegnerischen Parteien eingebremst werden. Die bürgerlichen Parteien verfolgen konsequent das Ziel, eine Regierung von den Deutschnationalen bis zu den Linkssozialisten zu bilden. Die USPD lehnt ihre Bestrebungen zur Schaffung einer Koalitionsregierung in Sachsen fort. Nach dem gestrigen Verlauf kann man erwarten, daß als Zwischenschritt eine neue Selbst-Regierung in etwas anderer Zusammensetzung wiedererrichtet wird. Für die bürgerlichen Parteien soll diese Regierung das Springbrett zur Bürgerblockregierung, für die USPD das zur Großen Koalition werden. In den gestern erschienenen bürgerlichen Zeitungen wird dieser Tendenz ganz klar Ausdruck gegeben. Die „Dresdner Nachrichten“ schreiben eine Kritik über die parlamentarische Mitte, in dem sie erklären, daß ohne die Parteien der Mitte eine praktische Politik nicht getrieben werden könne. Sie erklären, daß, da sich doch langsam eine Gruppierung, auf der einen Seite Bürgerliche, auf der anderen Seite marxistische Parteien herausbilden, der Versuch gemacht werden müsse, zu einer gemeinsamen Fraktion zu kommen. Man habe bisher in getrennten Koalitionssitzungen gemeinsam gearbeitet, es sei jetzt notwendig, aus den getrennten in ein gemeinsames Fraktionszimmer zu kommen. Die sogenannten Parteien der demokratischen Mitte übernehmen damit in Sachsen die Führung in der Zusammenschließung eines reaktionären Bürgerblocks.

Bei der USPD besteht das Bestreben, an diesen Bürgerblock die Arbeiter zu binden und zu fesseln. Da die USPD durch den Wahlausgang gesehen hat, daß sie praktischen Einfluß bei der Arbeiterschaft nicht besitzt, geht ihr Streben dahin, die SPD für diese Politik der Koalition zu gewinnen. Wir haben schon dauernd darauf hingewiesen, daß der USPD aus dem Lager der SPD Helfer entstehen, die diese Politik ebenfalls energisch betreiben. Interessant ist, was der „Volksstaat“ gestern zu diesen Tragen schreibt. Er proklamiert die Verführung mit dem Bürgertum und verkündet gleichzeitig, daß innerhalb der SPD die Stimmungen für eine solche Politik anwachsen. Er schreibt:

Man soll nicht gewaltig die künstlichen Bürgertum und Arbeiterschaft aufrechten; man soll nach Möglichkeit die bestehenden Gemeinsamkeiten zwischen den Klassen betonen und herausarbeiten; in der Großen Koalition hätte sich das erreichen lassen. Allerdings ist es damit nicht getan, daß man bloß sagt, die Große Koalition sei erstrebenswert. Man muß ihr, soll sie kommen, die Bahn ebnen. Hier vermag die USPD wenig aus sich heraus zu tun; sie ist doch zu klein, um etwa eine Art Erziehungsarbeit an den großen Parteien, auf die es hier insbesondere ankommt, verrichten zu können. Diese Parteien müssen sich schon auf Grund ihrer Eigenentwicklung einander nähern; sie müssen in sich selbst die Komplexität empfinden, sich die Hände zu reichen. Das mag für die Linkssozialisten bisher sein, aber es darf ihnen nicht erspart werden. Solange sie noch in halbkommunistischen Regierungen befangen sind, führt von ihnen freilich kein Weg in diese Koalition. Mit diesen Regierungen müssen sie Schluß machen. Insbesondere müssen sie auch eine Umkehr vollziehen in Bezug auf ihre Einstellung zum Staatshandwerk. Nicht nur aus zweckmäßigen Überlegungen, sondern aus grundsätzlicher Umkehr müssen sie ihre Verankerungswelt verabschieden; sie müssen genau den gleichen Weg gehen, den die USPD beschritten hatte. So schwer es für sie ist, das nunmehr anzudeuten, was sie bisher verdrängt hatten, so müssen sie es dennoch tun. Wird das geschehen sein, dann kann sich keine bürgerliche Partei mehr weigern, mit einer derartig gesunden Sozialdemokratie eine Koalition einzugehen; diese Sozialdemokratie wäre nicht mehr links, sondern linkssozialistisch. Das ist das Opfer, das die Linkssozialisten bringen müssen, um ihren Anteil an Macht zu bekommen; sie müssen klipp und klar und ohne Wenn und Aber linkssozialistisch werden.

Man merke, daß es in ihren Reihen bereits heute einige Personen gibt, die sich angesetzt zu diesem Einverständnis verstehen möchten; sie gestehen sich selbst ein, daß politische Verzicht immer bei den Linkssozialisten lag und daß man ohne Vorbehalte sich zur Koalition entschließen müsse. Die Kommunisten haben das gleich erkannt; sie sind auf der richtigen Spur, wenn sie behaupten, es seien unter den Linkssozialisten Kräfte am Werke, die der alten Sozialdemokratie anspähen, sie nachzunehmen und sie damit ihrer Politik nachträglich zu verfeindigen. Bisher ist die Vermutung, die die Kommunisten äußern, gar nicht ohne Grund geblieben; daß die Linkssozialisten nur Zeit gewinnen wollen, um ihre verdeckte Sozialpolitik langsam an die Wandlung, zu der

Die außenpolitische Pleite

Der Reichstag hat für die Not der Erwerblosen keine Zeit Schund und Schmutz im Reichstag

Die große außenpolitische Reichstagsdebatte ist vorbei. Gestrichelt hat sie nichts. Stresemann stand mit leeren Händen vor dem Reichstag. Er selbst hatte nichts zu berichten und auch er noch keine Regierungsparteien, auch nicht die bürgerlichen Fraktionen hatten zur Außenpolitik irgendeinen neuen Gedanken, eine Idee oder einen Vorschlag. Und da so wohl die sogenannte „nationale Opposition“ als auch die regierende SPD nichts zu sagen hatten, und lediglich aus innerpolitischen Gründen gegeneinander polemisierten, so waren die Kommunisten auch in der außenpolitischen Debatte die einzigen, die etwas zu sagen hatten (oder, wie die „Völkische Zeitung“ es treffend schreibt: „Die Kommunisten sind die einzigen, die es wirklich meinen“). Als Genosse Rosenbergs noch einmal für die kommunistische Fraktion das Wort ergriß, hatte er das Ohr des ganzen Hauses.

Bei der Abstimmung über den kommunistischen Misstrauensantrag bildeten die Kommunisten alleine. Die Deutschnationalen hatten zwar erklärt, daß sie sich der Abstimmung enthalten wollten, was aber einige Mitglieder der deutschnationalen Fraktion nicht hinderte, nachher bei der Gegenprobe zu anderem Misstrauensantrag

Ja, wie es auch die gesamte Fraktion der Sozialdemokraten tat, zu erheben und so Herrn Stresemann direkt das Vertrauen anzusprechen.

Der Regierungsentwurf eines Gesetzes, das den Abgeordneten verbietet, als verantwortliche Redaktoren zu fungieren, wurde einem Ausschuss übergeben.

Nun soll das Schund- und Schmutzgeschick durch den Reichstag gebracht werden. Die Kommunisten verlangen es, die Erwerblosenfürsorge und den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Unterstützungssätze auf die Tagesordnung zu setzen. Ihr Antrag geht aber nicht durch. Tag und Schmutz ist dem „hohen Hause“ am Platz der Reichstag wichtiger als die Not von Millionen Erwerblosen. Die sozialdemokratischen verlangen die Zurückweisung des Schund- und Schmutzgeschickes an den Ausschuss, aber Herr Kärl, von den Kommunisten mit dem Zusatz: „der Normalentwurf“ begrüßt, Kommissar endlich eine Erklärung über sein Schund- und Schmutzgeschick. Und natürlich geschoben ihm alle Parteien einschließliche der Demokraten, die in ihrer Presse teilweise sehr heftig gegen das Geschick Stellung genommen hatten.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung des Reichstages beantragen die Kommunisten erneut die Erwerblosenfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Und wieder zeigt sich eine geschlossene Bürgerblockfront von den Parlamentariern bis zu den Demokraten, die — wie es ihnen von links zugeworfen wird — lieber in Schund und Schmutz herumhantieren, als sich mit der Not der Erwerblosen zu befassen.

Als die Kommunisten beantragen, ihren Antrag zu dem „D. H. J.“-Ständel dem Hausparlament zu überweisen, wollen die Demokraten dagegen stimmen. Durch Zurückziehen ist es darauf unternommen gemacht worden, daß es doch die demokratische Presse war, die diesen Ständel in die Debatte gebracht hat. Die nächste Sitzung wird die Aussprache über das Schund- und Schmutzgeschick bringen; mit der Wahrscheinlichkeit ist nicht vor dem Montag zu rechnen.

erger
Abte 8
und glatt
Kleider II
65-110
ur 178
om Faß
Liter 100 g
Liter 100 g
Tagesproben
Kugabel
lade
1.
15 g
4. 20 g
Ann. Nr. 14
Rosenstr. 41
Fahrbühne
Rehmann
meister
ch-Str. 12
Heine
essen - Götter
r Str. 20
aman
Reizh
10% Rabatt
Veil
Kanzschneid
Pulver
Schneid
Korb-
Möbel
und Korbwaren
aller Art
Nur Facharbeit
Eigene Werkstatt
Besterwerb
Bücher u. Blätter
Robert Schließ
Dresden
Eigene Werkstatt
Eigene Werkstatt